

# WMI

## WOHNUNGSPOLITISCHE INFORMATIONEN

# 11

Ausgabe 15. März 2018

### Inhalt

- 2 Studie:** Ergänzende Statistiken einer Befragung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung zeigen die steigende Bedeutung kommunaler Wohnungsbestände.
- 3 Jubiläum:** Im Vergleich zur heutigen Konjunktur sah es in der Bauwirtschaft vor 20 Jahren weniger rosig aus. Das zeigt ein Blick in eine wi-Ausgabe von 1998.
- 5 Preisträger:** Die wi stellt jede Woche einen Gewinner des Bauherrenpreises 2018 aus der Wohnungswirtschaft vor. Dieses Mal: Neue Ortsmitte in Stuttgart-Botnang.

## Bauwirtschaft: Zuversicht für 2018 – „weniger große Sprünge“ beim Wohnungsbau

**Berlin/München – „Wir erwarten für die rund 385.000 Mitgliedsbetriebe der Bundesvereinigung Bauwirtschaft einen Umsatz von 324 Millionen Euro in diesem Jahr, das ist ein Plus von 2,6 Prozent nach rund drei Prozent in 2017. Ohne einen weiteren Zuwachs an Beschäftigung werden wir dieses nicht leisten können. Wir rechnen daher mit rund 35.000 Beschäftigten, die wir in diesem Jahr zusätzlich einstellen werden.“ Dieses erklärte der Vorsitzende der Bundesvereinigung Bauwirtschaft, Karl-Heinz Schneider, am 8. März 2018 in München, anlässlich des Medientags zur Internationalen Handwerksmesse.**



Foto: Zentralverband Deutsches Baugewerbe

*Gebaut werden kann nur, wenn mehr Bauland bereitgestellt wird und Firmen die Baustellen auch trotz drohenden Diesel-Fahrverboten und Fachkräftemangel versorgen können.*

Das Bauhauptgewerbe und der Garten- und Landschaftsbau werden mit einem Umsatzwachstum von gut drei Prozent auf 107 Milliarden Euro Schrittmacher dieser Entwicklung bleiben. Diese fällt etwas verhaltener als im Vorjahr aus, weil der Wohnungsbau keinen ganz so großen Sprung mehr machen dürfte. So zeigt sich im Ein- und Zweifamilienhausbau eine Stabilisierung der Nachfrage bei gut 100.000 Wohnungen. Allein im Mehrfamilienhaus-

bau dürften mit rund 175.000 Wohnungen deutliche Wachstumsraten zu erzielen sein. Zügige Umsetzung der Koalitionsvereinbarung gefordert Schneider forderte in diesem Zusammenhang eine zügige Umsetzung der Koalitionsvereinbarung, wie zum Beispiel zur Baulandbereitstellung, zur Wohneigentumsbildung und zur Förderung der energetischen Gebäudesanierung.

Weiter auf Seite 2 ➔

## Aktuelle Meldungen

### Neue Bundesregierung vereidigt

Neben Kanzlerin Merkel wurden am 14. März 2018 die Minister und Staatssekretäre der neuen Bundesregierung ernannt. Neuer Bundesminister des Innern, für Heimat und Bau wird Horst Seehofer (CSU). Damit wechselt der Bereich Bau vom Umweltministerium ins Innenministerium. Unterstützt wird das Ministerium von den neuen parlamentarischen Staatssekretären Stephan Mayer (CSU) und Marco Wanderwitz (CDU). (wi)

### Steigende Nebenkosten aufgrund erhöhter Ölpreise

Haushalte, die mit Öl heizen, müssen sich auf Nachzahlungen gefasst machen. Das geht aus der neuen Heizprognose des Deutschen Mieterbundes (DMB) hervor. Aufgrund der deutlich angestiegenen Brennstoffpreise geht der DMB von einer Erhöhung der Heizkosten um bis zu 14 Prozent aus. Haushalte, die mit Erdgas und Fernwärme heizen, sind von der Erhöhung nicht betroffen. (wi)

### Mittel zum Breitbandausbau nicht abgerufen

Bis zu 12 Milliarden Euro möchte der Bund für den Breitbandausbau zur Verfügung stellen. Doch damit allein ist es nicht getan. Von den bisher bereitgestellten 1,56 Milliarden Euro wurden zwischen 2015 und 2017 lediglich 27,7 Millionen ausgegeben, berichtete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 10. März 2018. Als Grund dafür nennt das Ministerium noch laufende Ausschreibungsverfahren. (wi)



↳ Fortsetzung von Seite 1

Die Unternehmen im Bereich Ausbau erwarten für 2018 eine Umsatzsteigerung um zwei Prozent auf 88 Milliarden Euro. Weiteres Potenzial liegt auch hier in der Umsetzung der geplanten Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus.

„Im Bereich Gebäudetechnik erwarten wir ein Umsatzwachstum von 2,4 Prozent auf 129 Milliarden Euro. Dieser Bereich profitiert sowohl von der Bautätigkeit als auch von der erhöhten Nachfrage nach Dienstleistungen“, so Schneider.

**Investitionsanreize für den Wohnungsbau überfällig**

Angesichts des positiven Ausgangs des Mitgliederentscheids der SPD forderte Schneider eine zügige Regierungsbildung. „Wenn wir in dieser Legislaturperiode 1,5 Millionen neue Wohnungen bauen sollen, dann müssen wir bald damit anfangen. Und dazu brauchen wir die vereinbarten Investitionsanreize.“

„Wir können aber nur bauen, wenn wir die Baustellen mit unseren Fahrzeugen auch erreichen“, so Schneider weiter. „Wir appellieren daher dringend an die politisch Verantwortlichen, in Bezug auf das drohende Diesel-Fahrverbot bundesweit einheitliche Regelungen zu schaffen,

damit Rechtssicherheit besteht. Gleichzeitig fordern wir umfassende Ausnahmegenehmigungen für unsere Branche.“

„Den Koalitionsvertrag insgesamt bewerten wir mit Licht und Schatten. Die Investitionsansätze, egal ob für die Verkehrsinfrastruktur, die Kommunen oder den Wohnungsbau, sind uneingeschränkt positiv zu beurteilen“, so Schneider weiter. „Das gilt auch für die Pläne, eine Altersvorsorgepflicht für Selbstständige einzuführen; kann sie doch, verbunden mit einer Krankenversicherungspflicht, die noch zu ergänzen wäre, zu einem faireren Wettbewerb am Bau beitragen.“

**Eigenständiger Bauausschuss im Bundestag notwendig**

Angesichts der Tatsache, dass die Belange der Bauwirtschaft zukünftig von einem Ministerium für Inneres, Bau und Heimat bearbeitet werden, forderte Schneider, „zumindest einen eigenständigen Bauausschuss im Bundestag einzurichten. Denn sonst beschäftigen sich Innenpolitiker mit Baufragen. Und ob das zielführend ist, bleibt fraglich.“



Felix Pakleppa, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes, und Karl-Heinz Schneider, Vorsitzender der Bundesvereinigung Bauwirtschaft, (v. l.) beim Medientag zur Internationalen Handwerksmesse in München

Foto: Bundesvereinigung Bauwirtschaft

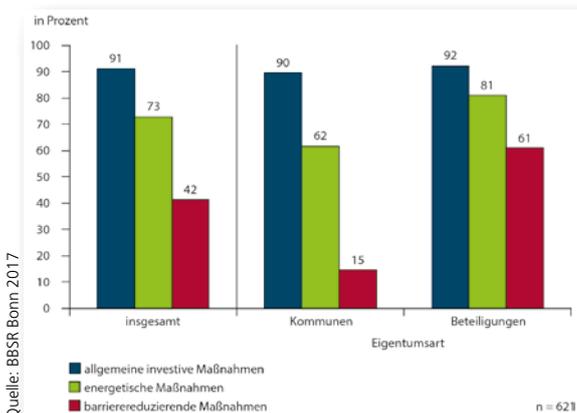
„Noch liegen immense Bauaufgaben vor uns, man denke nur an die 1,5 Millionen neuen Wohnungen, die in den kommenden dreieinhalb Jahren gebaut werden sollen. Die gesamte öffentliche Infrastruktur muss erneuert und ausgebaut werden. Eine prosperierende Wirtschaft benötigt ebenfalls Gebäude. Und auch die Digitalisierung zieht zunächst einmal Bauaufgaben nach sich, um Breitband flächendeckend überhaupt zu ermöglichen. Daher blicken wir mit großer Zuversicht auf das vor uns liegende Jahr“, so Schneider abschließend.

(hau/schi) ■

STUDIE

**Kommunale Wohnungsbestände in Deutschland: Befragung zeigt hohe Bedeutung für Angebot an bezahlbarem Wohnraum**

Berlin – In Deutschland befinden sich aktuell rund 2,3 Millionen Wohnungen im Eigentum von Gemeinden, Städten und Landkreisen. Dieser kommunale Wohnungsbestand hat traditionell eine große Bedeutung für die Versorgung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen mit bezahlbaren Mietwohnungen. In Zeiten wachsenden Wohnungsbedarfes und damit einhergehender steigender Mieten insbesondere in Ballungszentren und Hochschulstädten kommt den kommunalen Wohnungsbeständen eine noch größere Bedeutung zu als noch vor wenigen Jahren. Das zeigt eine bundesweite Befragung von Kommunen, die das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) 2015 zum dritten Mal zu den wichtigsten Themen rund um kommunale Wohnungsbestände durchgeführt hat. Die nun erschienene BBSR-Sonderveröffentlichung enthält die umfassenden und differenzierten Ergebnisse der Befragung



Energetische und barriere-reduzierende Maßnahmen am kommunalen Wohnungsbestand

Neben allgemeinen Angaben zur Wohnungsmarktsituation, den Eigentumsverhältnissen bei kommunalen Mietwohnungen sowie zu deren Zustand und Qualität liegt der Schwerpunkt der Befragung auf Investitionen in die Wohnungsbestände. Zudem zielt sie auf das Thema der Ausweitung kommunaler Mietwohnungsbestände durch Ankauf und Neubau ab. Insgesamt wurden bei der Befragung knapp 1,6 Millionen Wohnungen erfasst, die sich im Eigentum von 705 Städten,

Gemeinden und Landkreisen befinden und innerhalb der jeweiligen Kommune liegen. 1,54 Millionen Einheiten der kommunalen Wohnungsbestände und damit der größte Teil befinden sich in der Hand kommunaler Wohnungsunternehmen. Knapp 52.000 Wohnungen befinden sich im unmittelbaren kommunalen Eigentum.

**Wohnungsbau als Antwort auf wachsende Herausforderungen**

Die Themen rund um die Unterbringung Geflüchteter sowie Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzes stellen nach wie vor eine große Herausforderung für die

Weiter auf Seite 3 ➡

➔ Fortsetzung von Seite 2

Kommunen dar. In vielen Wachstumszentren und Verdichtungsräumen herrschen aktuell erhebliche Wohnungsengpässe. Die Folge sind steigende Mieten im unteren und mittleren Segment und dadurch eine Verknappung preiswerten Wohnraums. Insbesondere für einkommensschwächere Haushalte wird es zunehmend schwieriger, geeigneten und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Für die Bereitstellung von preisgünstigem Wohnraum insbesondere für einkommensschwache Zielgruppen sind kommunale Wohnungsbestände für Städte und Gemeinden ein wichtiges Instrument. Zahlreiche Kommunen versuchen daher, den Engpässen auf dem Wohnungsmarkt entgegenzuwirken, indem sie oder ihre Beteiligungen ihren Wohnungsbestand ausweiten. Dementsprechend werden die Bestände kommunaler Wohnungsanbieter auch verstärkt durch Neubau ausgeweitet. So haben 16,5 Prozent der antwortenden kommunalen Wohnungsanbieter im Zeitraum von Anfang 2012 bis Ende 2014 kommunale Mietwohnungen neu errichtet.

Im Vergleich zu den vorangegangenen Erhebungen zeigt sich zudem, dass die Wohnungsunternehmen große Anstrengungen beim Klimaschutz und altersgerechtem Wohnen in den letzten Jahren unternommen haben. Entsprechend der hohen Bedeutung kommunaler Wohnungsbestände gaben 78 Prozent der befragten kommunalen Wohnungsanbieter an, im Zeitraum zwischen 2012 und 2014 in ihren Wohnungsbestand investiert zu haben. Demnach ist es für die Kommunen und ihre Wohnungsunternehmen besonders wichtig, die Qualität des eigenen Wohnungsbestandes und seine Marktgängigkeit zu erhalten beziehungsweise zu verbessern.

**Soziale Verantwortung für einkommensschwache Haushalte**

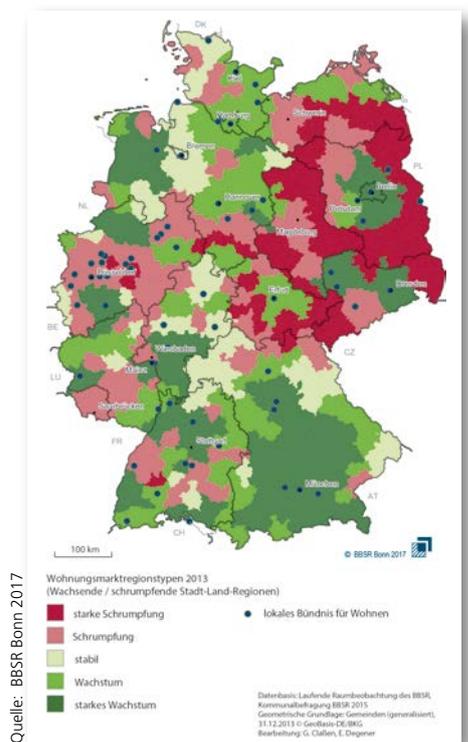
Traditionsgemäß weisen kommunale Bestände einen hohen Anteil an Wohnungen mit Mietpreisbindung oder Belegungsrechten auf. Während zwischen 2012 und 2015 bei rechtlich geförderten Wohnungen ein Rückgang zu verzeichnen ist, hat sich die Zahl der Wohnungen mit vertraglich vereinbarter Bindung verdoppelt. Dieses Ergebnis zeigt sehr deutlich das Ausmaß auslaufender Bindungen und die Reaktion der Kommunen und Wohnungsunternehmen, diese vermehrt durch vertragliche Bindungsvereinbarungen zu kompensieren. Den Ergebnissen nach verfolgen Kommunen und ihre Beteiligungen mit dem Neubau kommunaler Mietwohnungen zweierlei Ziele: Zum einen verbessern sie ihre Einnahmensituation und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, indem sie auch das Angebot an mittel- und höher-

preisigen Neubauwohnungen ausweiten. Dieses Instrument nutzen sie strategisch, um das Wohnungsangebot mit niedrigem Mietpreisniveau stark auszuweiten. Das zeigt der hohe Anteil gebundener Wohnungen im Neubau in den Jahren 2012 bis 2015 deutlich. Die Kommunen und ihre Wohnungsunternehmen nehmen auf diesem Weg soziale Verantwortung wahr, indem sie zur Wohnraumversorgung einkommensschwacher Haushalte beitragen.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse der Kommunalbefragung des BBSR, dass das Thema Wohnen in der politischen Diskussion einen noch höheren Stellenwert einnimmt als noch vor wenigen Jahren. Entsprechend richten die Kommunen ihr Augenmerk verstärkt auf ihre Wohnungsbestände und -unternehmen, da sie sich der wachsenden Bedeutung kommunaler Wohnungen als Instrument zur Bewältigung aktueller Herausforderungen auf den Wohnungsmarkt bewusst sind.

(clalkoch) ■

➔ Die umfassende BBSR-Sonderveröffentlichung finden Sie hier: <https://goo.gl/TjFeJL>



Wachsende und schrumpfende Regionen in Stadt und Land

JUBILÄUM

**Damals und heute**

Vor gerade einmal 20 Jahren sah die Konjunkturlage der Bauwirtschaft noch etwas anders aus als heute... ■



**ifo: Bauwirtschaft in Doppelkrise**

Leipzig (vwd) – Die deutsche Bauwirtschaft steckt nach Ansicht des ifo Institutes für Wirtschaftsforschung, München, mitten in einer Doppelkrise: Zur konjunkturellen Talfahrt gesellten sich gravierende Strukturprobleme, sagte Volker Rußig von ifo. In Deutschland-West werde die konjunkturelle Abschwächung zwar auch 1998 noch anhalten, „dann aber auslaufen und umgedreht“. Den Schätzungen zufolge werden die Bauinvestitionen im Wohnungsbau nochmals auf 162,6 (164,3) Mrd. DM sinken. Für 1999 erwartet das ifo-Institut „Stagnation oder ein leichtes Plus“. Für die Bauinvestitionen West insgesamt erwartet ifo in diesem Jahr ein Minus von 1 (2,7) %. Für 1999 werden „leicht positive Veränderungen“ prognostiziert.

Weniger optimistisch werden die Konjunkturaussichten für Deutschland-Ost beurteilt. Der Wohnungsbau, der 1996 noch einmal kräftig zugelegt hatte (51,7 Mrd. DM bzw. plus 6,5 %) und dieses Niveau 1997

Quelle: GdW

annähernd halten konnte (51,2/minus 0,9), muß 1998 spürbare Einbußen hinnehmen (49,2/minus 4), ebenso in den Folgejahren. Die Bauinvestitionen-Ost insgesamt werden laut ifo in diesem Jahr, wie schon 1997, um 4% sinken. Auch 1999 werde Deutschland-Ost „ziemlich kräftig nach unten“ ziehen, so daß im kommenden Jahr nur „mit großer Mühe ein gesamtdeutsches Plus“ erreicht werden dürfte. Mittel- und längerfristig werde sich die Baunachfrage im Westen voraussichtlich etwas von der Talsohle lösen, die „Durststrecke“ in den neuen Ländern jedoch noch bis ins neue Jahrtausend anhalten.

Die „Schutzglocke“ Binnenorientierung sei, so das ifo-Institut, für den deutschen Bausektor im zusammenwachsenden Europa immer löchriger geworden. Mit der Einführung des Euro und der EU-Osterweiterung werde sich der Anpassungsdruck weiter verschärfen.

Aus der wi 11/1998

# Ausschreibung DW-Zukunftspreis der Immobilienwirtschaft 2018

Gegen die Klimaplanwirtschaft: intelligente Lösungen statt  
noch mehr Regulierung



Bewerben Sie sich hier unter  
[www.dw-zukunftspreis.de](http://www.dw-zukunftspreis.de)



Zukunftspreis der  
Immobilienwirtschaft

**DW | 2018**

**Betriebliches Eingliederungsmanagement**

16. Mai 2018, Hannover

Das Seminar „Betriebliches Eingliederungsmanagement: Der Arbeitgeber zwischen Verpflichtung und individuellen Möglichkeiten“ richtet sich insbesondere an Führungskräfte, Personalverantwortliche sowie Betriebs- und Personalräte. Ziel der Veranstaltung ist es, die vorhandenen Kenntnisse der Teilnehmer rund um betriebliches Eingliederungsmanagement aufzufrischen. Inhaltliche Schwerpunkte sind unter anderem die rechtlichen Grundlagen des betrieblichen Eingliederungsmanagements, Pflichten des Arbeitgebers, Fehlzeitenmanagement in der betrieblichen Praxis, Verfahren und Instrumente des Krankenrückkehrgesprächs sowie Datenschutz und Kontrollrechte.

**Weitere Infos:** vdw Niedersachsen Bremen, Lara Ghanem, Telefon: 0511/1265109, E-Mail: l.ghanem@vdw-online.de, Internet: www.vdw-online.de

**Wissen professionell präsentieren**

18. Mai 2018, Berlin

Das Seminar „Wissen professionell präsentieren“ richtet sich speziell an Auszubildende. Es vermittelt den Teilnehmern Tipps und Tricks für ein souveränes und überzeugendes Auftreten vor Publikum sowie unterschiedliche Präsentationstechniken. Inhalte sind unter anderem die Macht des ersten Eindrucks und die Auswirkungen von Auftreten, Haltung und Körperspannung. Außerdem lernen die Teilnehmer, wie Stimme und Sprache bewusst und zielgerichtet eingesetzt werden können. Anhand von Einzel- und Gruppenübungen sowie Rollentraining mit Videofeedback werden verschiedene Techniken geübt und Verbesserungsvorschläge gegeben.

**Weitere Infos:** BBA, Gina-Sophie Gebhardt, Telefon: 030/23085536, E-Mail: gina.gebhardt@bba-campus.de, Internet: www.bba-campus.de

## WETTBEWERB

**Deutscher Bauherrenpreis 2018 –  
Preisträger aus der Wohnungswirtschaft**

Foto: Tina Merkau

Vertreter des Preisträger-Projekts aus Stuttgart mit Auslobern und Unterstützern des Bauherrenpreises



Fotos: Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft mbH

In der Ortsmitte von Stuttgart-Botnang...

Die Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft zeigen gemeinsam mit Herwarth Architekten und ARP ArchitektenPartnerschaft mit ihrem Projekt „Neue Ortsmitte Botnang“ vorbildlich, wie „Städtereparatur durch Wohnungsbau“ funktioniert. 50 neue Wohnungen, verbunden mit einer Kindertagesstätte, einer Musikschule und weiteren Gewerbe- und Dienst-



... ist ein belebtes Zentrum entstanden.

leistungsflächen, bilden eine neue, belebte Ortsmitte. Die Jury würdigt die Aufwertung und Neugestaltung einer vormaligen innerstädtischen Brache mit der Auszeichnung des Bauherrenpreis 2018. (hung/koch) ■

➔ **Einen Video-Beitrag zum Preisträger-Projekt finden Sie unter diesem Kurz-Link:**  
<https://goo.gl/JEYMN4>

**wi Wohnungspolitische Informationen**

Herausgeber:  
GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.

Chefredakteurin: Katharina Burkardt,  
Stv. Chefredakteur: Andreas Schichel

Redaktion:  
Antonia Koch, Klaus Schrader

Anschrift der Redaktion:  
Klingelhöferstraße 5  
10785 Berlin  
Tel.: 030 82403-151  
Fax: 030 82403-159  
E-Mail: redaktion@wi-aktuell.de

Verlag:  
Haufe-Lexware GmbH & Co. KG  
Munzinger Straße 9  
79111 Freiburg

Standort Hamburg:  
Hufnerstraße 28  
22083 Hamburg  
Tel.: 040 211165-32  
Fax: 040 211165-3332

Aboverwaltung:  
Telefon (kostenfrei) 0800 7234249  
Telefax (kostenfrei) 0800 5050446  
E-Mail: Zeitschriften@haufe.de

Media Sales (Print/Online):  
Oliver Cekys, Tel.: 0931 2791-731  
E-Mail: oliver.cekys@haufe.de  
Klaus Sturm, Tel.: 0931 2791-733  
E-Mail: klaus.sturm@haufe.de  
Heike Tiedemann, Tel.: 040 211165-41  
E-Mail: heike.tiedemann@haufe.de

Für Anzeigen gilt die Preisliste ab 1.1.2018.  
[www.mediacenter.haufe.de](http://www.mediacenter.haufe.de)

Druck: rewi druckhaus, Wissen

Bezugspreis jährlich:  
124,35 Euro inkl. 7 % MwSt. inkl. Versand  
Erscheinungsweise wöchentlich, Abonnements-  
kündigungen sind schriftlich mit einer Frist von  
6 Wochen zum Quartalsende möglich.

© by Haufe-Lexware GmbH & Co. KG

Nur Originalbeiträge. Für unverlangt eingedachte Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Nachdruck oder elektronische Weiterverarbeitung von Beiträgen und Nachrichten oder Teilen daraus nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag gestattet.

ISSN 1610-2207

**wi Online-Archiv**

Die web-Präsenz der wi finden Sie unter [www.haufe.de/immobilien](http://www.haufe.de/immobilien) in der rechten Seitenhälfte, indem Sie bis zum Menüpunkt „Zeitschriften“ nach unten scrollen und dort anhand der Menüpeile die wi auswählen.

Um das Online-Archiv der wi nutzen zu können, klicken Sie oben rechts auf „Anmelden“ und geben dort Ihre E-Mail-Adresse und Ihr Passwort ein. Sollten Sie noch über kein Benutzerkonto auf [www.haufe.de](http://www.haufe.de) verfügen, können Sie unter „Neuregistrierung“ ein Konto anlegen.

Nach der Anmeldung erscheint oben rechts, neben Ihrem Benutzernamen unter „Meine Produkte starten“, die wi. Anschließend können Sie alle Ausgaben der wi als Blätter-PDFs auf Ihrem PC, Tablet oder Smartphone anschauen. Sollte das nicht der Fall sein, wenden Sie sich bitte an das Haufe-Service-Center unter **0800-7234253** (kostenlos) und geben dort Ihre E-Mail-Adresse an. Diese wird dann mit Ihrem Print-Abonnement der wi verknüpft – anschließend erscheint die wi als Online-Produkt in Ihrer Übersicht.

20. + 21. Juni 2018, Berlin

## WohnZukunftstag 2018



Quelle: Büro Roman Lorenz

Als Innovationsplattform der Wohnungswirtschaft liefert der WohnZukunftstag des GdW auch dieses Jahr wieder neue Impulse und Fachthemen für die Branche. In unterschiedlichen interaktiven Formaten dreht sich alles rund um das Thema „Digi-All“. Von PropTechs bis zur Mobilität 4.0 bietet das vielseitige Programm Unternehmen und Akteuren der Wohnungswirtschaft einen Einblick in die digitale Zukunft der Branche. Wie aus innovativen Ideen Realität wird, zeigen die Beiträge von acht Start-Ups, die ihre Projekte erstmalig zu einem Wohnungswirtschaftszyklus verbunden haben. Vom Einzug über die Modernisierung bis hin

zur Verwaltung greifen die Ideen der Gründer ineinander. Im Berliner Tempodrom erwarten die Teilnehmer spannende Diskussionen und die Möglichkeit zum Netzwerken mit Vertretern aus zahlreichen Branchen rund um das Thema Wohnen, Bauen und Stadt. (koch) ■

➔ Mehr Informationen zur Veranstaltung und laufend aktualisierte Programminweise finden Sie unter <http://2018.wohnzukunftstag.de>

## Recht so

## Zum Anspruch auf weibliche Personenbezeichnung in Vordrucken und Formularen

Mit Urteil vom 13. März 2018 (Aktenzeichen VI ZR 143/17) hat der Bundesgerichtshof (BGH) über die Frage entschieden, ob eine Kundin von einer Sparkasse verlangen kann, allgemein in Formularen und Vordrucken nicht unter grammatisch männlichen, sondern ausschließlich oder zusätzlich mit grammatisch weiblichen Bezeichnungen erfasst zu werden. Der BGH verneinte einen entsprechenden Anspruch. In dem zu beurteilenden Sachverhalt hat die beklagte Sparkasse im Geschäftsverkehr Formulare und Vordrucke verwendet, die neben grammatisch männlichen Personenbezeichnungen wie etwa „Kontoinhaber“ keine ausdrücklich grammatisch weibliche Form enthalten. In persönlichen Gesprächen und in individuellen Schreiben wendet sich die beklagte Sparkasse jedoch mit der weiblichen Anrede an die Klägerin. Der BGH hat die Klage unter anderem mit der Begründung zurückgewiesen, dass das entsprechende Landesgleichstellungsgesetz des Saarlandes keinen individuellen Anspruch begründe und insofern es auch offenbleibe, ob die Vorschrift verfassungsgemäß ist. Mit dem Gleichstellungsgesetz werden Dienststellen angewiesen in amtlichen Schreiben oder in der Öffentlichkeitsarbeit geschlechtsneutrale Bezeichnungen zu wählen. Der BGH verneinte weiter eine Verletzung des allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes, da hiermit keine Geringschätzung oder ein sonstiger Nachteil verbunden ist. ■

## EXPERTENMEINUNG von Carsten Herlitz Justiziar des GdW

„Sprache soll Kommunikation erleichtern – das Gebot der Gleichbehandlung von Mann und Frau gleiche Chancen unabhängig von Geschlecht ermöglichen. Insofern war es für den BGH sicherlich entscheidend, dass die beklagte Sparkasse in persönlichen Anschreiben das ‚richtige‘ Geschlecht verwendete. Denn Maßstab für die Entscheidung des BGH war, ob mit der formulärmäßigen Verwendung des generischen Maskulinums individuelle Nachteile oder eine Geringschätzung verbunden sind. Anhand des Maßstabs eines objektiven Dritten verneinte der BGH dies. Mit der Verwendung der männlichen Personenbezeichnung in Formularen und Vordrucken hat es sich die beklagte Bank vielleicht leichter machen wollen oder ein verständlicheres Lesen ermöglichen wollen. Jeder der Vordrucke oder Formulare erarbeitet, kennt diese schwierige Abwägung. Daraus allein aber eine Geringschätzung oder individuelle Nachteile abzuleiten, wäre wahrscheinlich zu weitgehend. Es bleibt abzuwarten wie das Verfassungsgericht entscheidet, wenn die unterlegene Partei – wie angekündigt – diesen Weg beschreitet.“ ■



Foto: Sebastian Schobbert

## ZAHL DER WOCHE

500.000

Personen sind 2016 im Saldo von Zu- und Fortzügen nach Deutschland zugewandert. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilte, lag der Wanderungssaldo damit unter dem der Jahre 2015 und 2014. Im Jahr 2015 hatte der Wanderungsüberschuss noch 1,14 Millionen Personen betragen. Rund 51 Prozent aller Zugewanderten waren Personen mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats der Europäischen Union (EU), neun Prozent besaßen Staatsangehörigkeiten anderer europäischer Länder. 26 Prozent hatten die Staatsangehörigkeit eines asiatischen Staates und fünf Prozent die Staatsangehörigkeit eines afrikanischen Staates. Die stärkste Zuwanderung aus der EU nach Deutschland erfolgte wie im Vorjahr mit 25 Prozent aus Rumänien, mit 19 Prozent aus Polen und mit neun Prozent aus Bulgarien. Bei der außer-europäischen Zuwanderung dominierten weiterhin Syrien mit 24 Prozent, Afghanistan mit 11 Prozent und der Irak mit 10 Prozent. ■

Matr.-Nr. 06505-5519